

1. Sessionswoche

Montag, 30.05.2011

Zum Sessionsauftakt sind am Montag drei neue Mitglieder in den **Nationalrat** eingezogen. **Vereidigt** wurden Corrado Pardini (SP/BE), der auf André Daguét folgt, Thomas Fuchs (SVP/BE), der für den in den Ständerat gewählten Adrian Amstutz nachrutscht, und Lorenzo Quadri (Lega/TI), welcher auf Norman Gobbi folgt, der in die Tessiner Regierung gewählt wurde. Quadri wird der SVP Fraktion angehören.

Der Nationalrat hat den indirekten Gegenvorschlag zu zwei **Bauspar-Initiativen** gutgeheissen. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmung.

Wie der Stände- trat auch der Nationalrat aufgrund der guten Bundesfinanzen nicht auf das **Konsolidierungsprogramm** ein. An der Aufgabenüberprüfung wird jedoch festgehalten.

Wer in einer **Miliz-Feuerwehr** Dienst leistet, muss seinen Sold künftig nicht mehr als Einkommen versteuern. Der Nationalrat hat letzte Differenzen zum Ständerat oppositionslos ausgeräumt. Steuerfrei ist damit ein Sold von bis zu 5000 CHF. Der Bundesrat hatte die Obergrenze bei 3000 CHF festlegen wollen, stellte sich aber nicht gegen die Änderung.

Der Nationalrat hat sich für die Wiederezulassung von **Rundstreckenrennen** in der Schweiz ausgesprochen. Er hiess drei entsprechende Pa.Iv. mit 95:69 Stimmen gut.

Im **Ständerat** wurde zu Sessionsbeginn Adrian Amstutz (SVP) als Berner Ständesvertreter **vereidigt**. Er folgt auf die in den Bundesrat gewählte Simonetta Sommaruga.

Der Ständerat versucht mit einem Kompromissvorschlag die sogenannte **Managed-Care-Vorlage** vor dem Absturz zu bewahren. Gleichzeitig hat die kleine Kammer am Montag aber darauf beharrt, dass die Versicherten nicht nur mit der Androhung eines höheren Selbstbehaltes in solche Versicherungsmodelle getrieben werden sollen. Wer sich Managed Care anschliesse, solle nur noch 7,5% Selbstbehalt zahlen, statt wie heute 10%. Wer aber den Arzt weiterhin frei wählen will, soll künftig 15% Selbstbehalt bezahlen.

Schweizer können auch in Zukunft eine herkömmliche, nichtbiometrische **Identitätskarte** beziehen. Der Ständerat hat diese vom Nationalrat bereits gutgeheissene Änderung des Ausweisgesetzes einstimmig gutgeheissen.

Der Ständerat hat diskussionslos eine Motion von Guy Parmelin (SVP/VD) überwiesen, die härtere Sanktionen gegen **Fälschung und Schmuggel von Arzneimitteln** fordert.

Krankenkassen sollen künftig die **Entschädigungssummen** für den gesamten Verwaltungsrat, den Vorstandspräsidenten und den CEO offenlegen müssen. Der Ständerat hiess eine Motion von Ulrich Giezendanner (SVP/AG) gut.

Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einer Motion von Yvan Perrin (SVP/NE) zugestimmt, welche die elektronische Überwachung von Männern, die sich wegen **häuslicher Gewalt** von ihren Frauen fernhalten müssen, fordert.

Dienstag, 31.05.2011

Der **Nationalrat** hat am Dienstag neun Vorlagen zur **Standortförderung** als Erstrat durchberaten. Dabei stockte er den Beitrag an Schweiz Tourismus um 20 Mio. auf rund 207 Mio. CHF auf. Das Gesamtpaket für 2012 bis 2015 umfasst somit rund 336 Mio. CHF.

Weiter hat der Nationalrat mit 117:53 Stimmen eine linke Pa.Iv. abgelehnt, die eine Sistierung der allgemeinen **Wehrpflicht** verlangt hatte.

Das Bankgeheimnis wird selbst für deutsche Politiker und Amtsträger nicht abgeschafft, obwohl sie das sehnlichst wünschen. Der Nationalrat lehnte eine entsprechende Pa.lv. von Alfred Heer (SVP/ZH) aus Gründen der Gleichbehandlung ab.

Der **Ständerat** hat sich am Dienstag mit 27:12 Stimmen für die **Schutzraumbaupflicht** privater Hausbesitzer ausgesprochen. Der Nationalrat wollte die Baupflicht für Private ganz abschaffen. Nach dem Willen von Bundes- und Ständerat sollen Schutzräume künftig in grösseren Überbauungen ab 38 Zimmer gebaut werden - heute bereits ab acht Zimmer.

Weiter hat der Ständerat Änderungen des Gesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (**BWIS**) einstimmig gutgeheissen. Die Räte hatten das Gesetz vor zwei Jahren zurückgewiesen, weil ihnen der "Lauschangriff" zu weit ging. Mit der neuen Vorlage legt der Bundesrat nun die unumstrittenen Punkte vor.

Im **Sportförderungsgesetz** ist der Streit um drei Turnstunden pro Woche auch nach der dritten Runde nicht beendet. Der Ständerat hat darauf beharrt, dass die Kantone und nicht der Bund die Mindestzahl der Sportlektionen an der Volksschule festlegen. Nun muss die Einigungskonferenz eine Lösung suchen.

Fraktionssitzung: *Communiqué „Keine energiepolitischen Schnellschüsse“*

Mittwoch, 1.6.2011

Der **Nationalrat** hat Mittwoch die **Abzocker-Initiative** und einen möglichen Gegenvorschlag beraten. Auf Antrag der SVP hat er die Frist für die Behandlung der Initiative verlängert und stimmt den Gesetzesbestimmungen im Gegenvorschlag mit 82:75 Stimmen bei 17 Enthaltungen zu. Anders als der Ständerat will der Nationalrat keine Bonussteuer.

Weiter hat der Nationalrat Änderungen des **Aktienrechts** beraten. Dabei hat er bei der Beratung der neuen Buchführungsregeln an allen Differenzen zum Ständerat festgehalten. So will er beispielsweise, dass die Konzernrechnung nicht in jedem Fall nach einem anerkannten Rechnungslegungsstandard erstellt werden muss. Bei den Schwellenwerten für die Revisionspflicht hat sich der Nationalrat jedoch dem Ständerat angeschlossen. Somit darf der Bundesrat bestimmen, ab wann die neuen Schwellenwerte gelten sollen.

Wie bereits der Ständerat ist auch der Nationalrat stillschweigend nicht auf den **indirekten Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative** eingetreten. Dieser ist durch die Annahme der Initiative im November 2010 hinfällig geworden.

Der **Ständerat** will den Kauf von 22 neuen **Kampfjets** beschleunigen und fordert eine grössere und teurere **Armee**, als der Bundesrat vorgeschlagen hat. Gemäss den Beschlüssen vom Mittwoch soll sie künftig 100'000 Mann stark sein. Wieviel die Armee kosten darf, legt der Rat nicht genau fest. Während der Bundesrat die Kosten auf 4,4 Mrd. CHF begrenzen will, dürften gemäss dem Modell Ständerat um die 5 Mrd. CHF resultieren.

Bei der **Bahnreform 2** hat der Ständerat wie bereits der Nationalrat das Schweizer Schienennetz für die Unternehmen geöffnet. Bei der Tarifstruktur schuf der Ständerat kleine Differenzen zum Erstrat. Er verabschiedete die Bahnreform 2 mit 34:0 Stimmen. Sie geht wieder an den Nationalrat.

Nach dem National- sagt auch der Ständerat Nein zur **Offroader-Initiative** - mit 23:8 Stimmen. Die Initianten wollen demnächst entscheiden, ob sie die Initiative zurückziehen. Diese will Fahrzeuge verbieten, die über 250 Gramm CO2 pro Kilometer ausstossen oder über 2,2 Tonnen wiegen. Der Gegenvorschlag setzt die Limite bis 2015 bei 130 g/km an.

Der Anteil an Zweitwohnungen in einer Gemeinde soll nicht auf 20% beschränkt werden. Der Ständerat hat die **Franz-Weber-Initiative** **"gegen den ausufernden Bau von**

Zweitwohnungen" mit 24:9 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Das Parlament hat bereits ein Gesetz verabschiedet, das als indirekter Gegenvorschlag zu der Initiative dienen soll.

Der Ständerat hat mehrere Vorstösse zur **Zersiedelung** der Schweiz an den Bundesrat überwiesen. Unter anderem sollen im Raumplanungsgesetz griffige Instrumente verankert werden, um Fruchtflecken zu schützen.

2. Sessionswoche

Montag, 06.06.2011

Der **Nationalrat** hat am Montag mit 115:49 Stimmen das **Rüstungsprogramm** im Umfang von 430 Mio. CHF als Erstrat gutgeheissen. Gestrichen hat er lediglich fünf Cars im Wert von 2,1 Mio. CHF.

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer Verlängerung des **Swisscoy**-Einsatzes bis vorerst Ende 2014 zugestimmt. Die Räte gaben zudem grünes Licht für eine Aufstockung der Truppe. Der Bundesrat kann den Maximalbestand der Einheit nun für maximal ein Jahr um 80 auf total 300 Personen aufstocken. Eine Allianz aus SVP und Grünen bekämpfte die Vorlage erfolglos.

Der Nationalrat will private Hausbesitzer nun doch verpflichten, **Schutzräume** zu bauen. Dies hat er mit 94:74 Stimmen beschlossen. Damit sollen Schutzräume künftig in grösseren Überbauungen ab 38 Zimmern gebaut werden. Heute gilt diese Baupflicht ab 8 Zimmern. Das Geschäft geht mit kleineren Differenzen zurück an den Ständerat.

Weiter will der Nationalrat den Bundesrat nicht beauftragen, Massnahmen "gegen den Schwund der **Truppenbestände**" zu ergreifen. Er hat eine Motion der SVP mit 108:49 Stimmen abgelehnt. Gleichzeitig lehnte er aber auch eine Motion ab, welche die Armee auf 50'000 AdA verkleinern wollte. Ebenfalls abgelehnt hat der Nationalrat eine Motion, welche den Bundesrat beauftragen wollte, dem Parlament eine Vorlage zur Aufhebung der Armeereserve zu unterbreiten.

Der **Ständerat** hat eine Motion von Maximilian Reimann (SVP/AG), der den Rückzug des **EU-Beitritts-gesuches** forderte, deutlich mit 33:8 Stimmen abgelehnt.

Der Ständerat will die Anzahl Vorstösse, die ein Ständeratsmitglied einreichen darf, nicht auf zwei pro Session beschränken. Mit 24:11 Stimmen hat er eine Motion von This Jenny (SVP/GL) abgelehnt, der mit dieser Massnahme die **Vorstossflut** im Parlament in den Griff kriegen wollte.

Dienstag, 07.06.2011

Der **Nationalrat** hat am Dienstag die am Vortag aufgenommene Debatte über die **Geschäftsberichte des Bundesrates und des Bundesgerichts** abgeschlossen und von den Berichten zustimmend Kenntnis genommen - wie bereits der Ständerat am Montag.

Weiter hat der Nationalrat die Debatte über die Förderbeiträge des Bundes zugunsten von **Bildung, Forschung und Innovation** aufgenommen. Die definitiven Entscheide, wie viel Geld der Nationalrat 2012 in diese Förderung stecken will, fällt die grosse Kammer erst nächsten Dienstag. Die WBK-NR schlägt mit Unterstützung der SVP vor, die Ausgaben zugunsten der Berufsbildung um 100 Mio. CHF auf insgesamt 757 Mio. CHF aufzustocken.

Der **Ständerat** will, anders als der Nationalrat, das Namensrecht grundlegend revidieren und die **Namen- und Bürgerrechtsregeln** im Zivilgesetzbuch verfassungs- und

menschenrechtskonventionskonform ausgestalten. Der Ständerat hiess die Revision mit 38:0 Stimmen gut. Die Vorlage geht wieder an den Nationalrat.

Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat beschlossen, die Frist für die Behandlung der **Abzockerinitiative** zu verlängern. Die kleine Kammer sprach sich im Sinne der SVP mit 27:11 Stimmen für die Fristverlängerung aus.

Die **Genitalverstümmelung** von Frauen und Mädchen soll in der Schweiz ausdrücklich verboten werden. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat Änderungen des StGB gutgeheissen. Die kleine Kammer genehmigte die Vorlage einstimmig, brachte jedoch kleinere Änderungen an.

Nach dem Nationalrat will auch der Ständerat nichts wissen von der Volksinitiative "**6 Wochen Ferien für alle**" und empfiehlt das Begehren zur Ablehnung.

Aufgrund der Ausarbeitung der Vorschläge der Arbeitsgruppe zur Ausschaffungsinitiative hat der Ständerat die Behandlung einer Standesinitiative des Kantons Tessin zur Wiedereinführung der **Landesverweisung** als Sanktion für ein Jahr sistiert.

Der Ständerat hat stillschweigend eine Motion überwiesen, die eine gesetzliche Grundlage zur Bewilligung und Registration von **privaten Sicherheitsfirmen** verlangt. Zudem will sie Privatarmeen, die in Konflikt- und Krisenregionen im Einsatz stehen, die Stationierung in der Schweiz verbieten.

Fraktionssitzung: *Communiqué „Der Bundesrat muss in Sachen Europapolitik endlich Klarheit schaffen“*

Mittwoch, 08.06.2011

Der **Nationalrat** hat am Mittwoch die Debatte zur **ausserordentlichen Session Kernenergie und erneuerbare Energien** geführt. Ein Ordnungsantrag der SVP um Verschiebung der Abstimmung über den Ausstieg aus der Kernenergie wurde abgelehnt. Somit hat sich die grosse Kammer entgegen dem Willen der SVP mit 2:1-Mehrheiten für den Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen. Wie der Bundesrat wünscht auch der Nationalrat einen mittelfristigen Ausstieg. Demnach sollen keine neuen KKW gebaut, die bestehenden aber nicht vorzeitig abgeschaltet werden. Aus SVP-Sicht erfreulich ist die Annahme der Motion von Hans Rutschmann (SVP/ZH) zur Aufhebung des Verbandsbeschwerderechts bei Energieprojekten.

Weiter hat der Nationalrat die Fristverlängerung zur Initiative "**Für ein gesundes Klima**" wie zuvor der Ständerat stillschweigend gutgeheissen. Diese ist nötig, weil sich der Gegenvorschlag - das CO2-Gesetz - in der Differenzbereinigung befindet.

Der **Ständerat** hat am Mittwoch mit 22 zu 15 Stimmen eine Pa.Iv. von Elmar Bigger (SVP/SG) angenommen, die den **Export von Vieh** wieder subventionieren will. Er ist damit dem Nationalrat gefolgt.

Nachdem sich die Räte bereits am Montag auf die Verlängerung des **Swisscoy**-Einsatzes geeinigt hatten, räumte der Ständerat die letzte Differenz aus. Im Bundesbeschluss wird nun präzisiert, dass der Einsatz jederzeit reduziert werden kann.

Weiter hat der Ständerat beim **Sportförderungsgesetz** stillschweigend den Antrag der Einigungskonferenz angenommen - und damit akzeptiert, dass der Bund die Mindestzahl der Sportktionen festlegt und nicht die Kantone.

Auch die Differenzen im **Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz** hat der Ständerat stillschweigend ausgeräumt. Die Schutzraumspflicht gilt künftig in grösseren Überbauungen ab 38 Zimmern. Bisher müssen bereits ab 8 Zimmern Schutzräume gebaut werden

Der Ständerat hat es mit 24:13 Stimmen abgelehnt, den **Import von unsozial und unökologisch produzierten Nahrungsmitteln** zu verbieten. Damit sind die fünf Standesinitiativen von verschiedenen Westschweizer Kantonen - obwohl der Nationalrat diesen zugestimmt hatte - definitiv vom Tisch.

Schliesslich hat der Ständerat eine Initiative aus dem Nationalrat mit 26:10 Stimmen versenkt, mit welcher Rudolf Joder (SVP/BE) gefordert hatte, dass das Parlament dem Bundesrat für die Verhandlungen zum **Agrarfreihandel** mit einem Grundsatz- und Planungsbeschluss gewisse Schranken setzt.

Donnerstag, 09.06.2011

Der **Nationalrat** hat am Donnerstag die von der SVP einberufene Debatte zur „**Europapolitik und Bilaterale III**“ durchgeführt. Dabei wurde der von der SVP Fraktion in einer Motion geforderte Rückzug des EU-Beitrittgesuchs mit 109:74 Stimmen abgelehnt. Auch die von Erich von Siebenthal (SVP/BE) geforderte Abschaffung des Cassis-de-Dijon-Prinzips wurde mit 94:87 Stimmen abgelehnt. Auch das von Elmar Bigger (SVP/SG) geforderte Moratorium des Cassis-de-Dijon-Prinzips hatte keine Chance. Ebenfalls klar abgelehnt wurden die beiden Motionen der SVP, welche Neuverhandlungen von Schengen zur Rückgewinnung der Souveränität bei der Visumerteilung und zur Wiedereinführung der Grenzkontrollen forderten. Angenommen wurde hingegen mit 101:73 Stimmen eine Motion von Rudolf Joder (SVP/BE) zum Abbruch der Verhandlungen über das Agrarfreihandelsabkommen mit der EU. Auch ein Postulat von Hans Fehr (SVP/ZH) über die Konsequenzen des Schengen-Anpassungszwangs hat im Nationalrat mit 86:82 Stimmen eine Mehrheit gefunden.

Nach dieser ausserordentlichen Session hat der Nationalrat die restlichen Abstimmungen zur **Energie**-Debatte vom Vortag durchgeführt. Dabei sprach er sich dafür aus, die finanzielle Obergrenze bei der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) aufzuheben. Nein sagte der Nationalrat zu neuen Abgaben auf Strom, Massnahmen ergreifen möchte er unter anderem bei Elektroheizungen: Diese sollen spätestens bis 2025 durch andere Heizsysteme ersetzt werden.

Die drei **Genfer Zentren** für Sicherheits- und Friedenspolitik erhalten vom Bund 2012 bis 2015 knapp 120 Mi. CHF. Der Nationalrat ist entgegen den Willen der SVP mit 111:32 Stimmen dem Ständerat gefolgt und hat den vom Bundesrat beantragten Rahmenkredit gutgeheissen.

Der **Ständerat** führte am Donnerstag die a.o. Session zur **Unternehmenssteuerreform II** durch, welche im Nationalrat in der Sondersession durchgeführt wurde. Trotz massiver Kritik gegenüber dem Bundesrat will auch der Ständerat nicht auf die Abstimmung zurückkommen.

Weiter hat der Ständerat als Erstrat mit 36:0 Stimmen die **Staatsrechnung 2010** genehmigt, die mit 3,6 Mrd. CHF Überschuss statt des budgetierten Defizits von 2 Mrd. CHF schloss. Ferner genehmigte die kleine Kammer **Nachtragskredite 2011** von 217 Mio. CHF. Mit 70 Mio. CHF entfällt der grösste Happen auf die Bahninfrastruktur.

Ausserdem hat der Ständerat die Debatte über die Ausgestaltung des **Finanzausgleichs** zwischen Bund- und Kantonen aufgenommen. Entscheide fallen jedoch erst nächsten Dienstag. Umstritten ist, wie stark Kantone mit grossen Städten von dem von der Eidgenossenschaft zusätzlich in den Finanzausgleich gesteckten Geld profitieren sollen. Die FK des Ständerats will, anders als der Nationalrat, die 112 Mio. CHF nicht vollumfänglich diesen Kantonen zuleiten. 15,4 Mio. CHF sollen stattdessen strukturschwachen Bergkantonen und Randregionen zugutekommen.

3. Sessionswoche

Dienstag, 14.06.2011

Der **Nationalrat** ist am Dienstag mit 100:58 Stimmen nicht auf die vom Ständerat beschlossenen Massnahmen gegen den Prämien Schub wegen der neuen **Spitalfinanzierung** eingetreten. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat.

Der Nationalrat will Bildung, Forschung und Innovation (**BFI**) im nächsten Jahr mit 5,3 Mrd. CHF fördern. Das sind 114 Mio. CHF mehr, als der Bundesrat vorgeschlagen hatte. Mehr Geld investieren will er im Sinne der SVP in Berufsbildung und Fachhochschulen. Nach dem Ständerat hat am Dienstag auch der Nationalrat eine Aufstockung der Mittel beschlossen. Dabei ging die grosse Kammer noch weiter als die kleine.

Der **Ständerat** ist in der „**Too big to fail**“-Vorlage dem Bundesrat gefolgt, und will von den Grossbanken verlangen, ihre risikogewichteten Aktiven mit bis zu 19% Eigenkapital zu unterlegen. Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Der Ständerat lehnt es ab, am **Finanzausgleich** zu schrauben. Nach seinem Willen sollen Kantone mit grossen Städten in den kommenden Jahren zur Abgeltung ihrer Sonderlasten nicht mehr erhalten als Gebirgskantone. Damit stellt sich der Ständerat gegen den Entscheid des Nationalrates. Mit 28:14 Stimmen folgt er den Vorschlägen des Bundesrates.

Mittwoch, 15.06.2011

Die **Vereinigte Bundesversammlung** hat am Mittwoch auf Antrag der SVP Erwin Beyeler als **Bundesanwalt** nicht wiedergewählt. Beyeler erhielt lediglich 109 von 227 gültigen Stimmen und verfehlte das absolute Mehr von 114 Stimmen. Die SVP war die einzige Partei, die sich vor der Wahl gegen seine Wiederwahl ausgesprochen hatte. Auch bei der Wahl eines **Bundesverwaltungsrichters** vermochte sich die SVP durchzusetzen. Die GK hatte Sylvie Cossy vorgeschlagen, die Vereinigte Bundesversammlung wählte jedoch auf Antrag der SVP Yanick Felley ans Gericht. Er erhielt 134 von 227 gültigen Stimmen. An Cossy gingen 93 Stimmen.

Der **Nationalrat** hat am Mittwoch mit 97:72 Stimmen im Sinne der SVP beschlossen, Ja zur Initiative "**Sicheres Wohnen im Alter**" zu sagen. Bundesrat und Ständerat hatten die Volksinitiative abgelehnt. Vom indirekten Gegenvorschlag wollte er hingegen nichts wissen. Das Geschäft geht nun zurück in den Ständerat.

Beim **Finanzausgleich** hat sich der Nationalrat stillschweigend dem Ständerat angeschlossen. Somit erhalten die Kantone mit grossen Städten zur Abgeltung ihrer Sonderlasten gleich viel wie die Gebirgskantone.

Die **ETH-Forschungsstelle für Sicherheitspolitik** erhält für die Zahlungsperiode 2013 bis 2015 einen Rahmenkredit von 23,4 Mio. CHF. Das sind rund 17% weniger als bisher. Der Nationalrat, der ursprünglich den Rahmenkredit im Einklang mit dem Bundesrat um 25% kürzen wollte, hiess den Kompromissvorschlag des Ständerats gut.

Weiter hat der Nationalrat die **Staatsrechnung 2010** als Zweitrat genehmigt. Die Rechnung schloss mit 3,6 Mrd. CHF Überschuss ab, statt mit dem budgetierten Defizit von 2 Mrd. CHF.

Im Einklang mit dem Nationalrat hat der **Ständerat** am Mittwoch seine eigene Vorlage gegen den befürchteten Prämien Schub wegen der neuen **Spitalfinanzierung** beerdigt.

Der Ständerat hat als Erstrat den **Kultur-Rahmenkredit** für die Jahre 2012 bis 2015 gegenüber der Bundesratsvorlage um 38,6 Mio. CHF aufgestockt. Bei der Aufstockung für

die Kulturstiftung löste der Erstrat die Ausgabenbremse nicht. Damit stimmte er dem Betrag von insgesamt 149 Mio. CHF zwar zu, gab ihn aber nicht frei.

Bei den **Immunitätsregeln** ist der Ständerat auf die Linie des Nationalrats eingeschwenkt. Damit sind Bundesräte künftig bei Delikten ohne Zusammenhang mit ihrem Amt nicht mehr vor Strafverfolgung geschützt.

Der Bundesrat soll eine einheitliche **Spitalfinanzierung** des stationären und des ambulanten Bereichs ausarbeiten. Der Ständerat hat eine entsprechende Motion von Christoffel Brändli (SVP/GR) stillschweigend gutgeheissen.

Der Ständerat hat eine Pa.IV. der SVP mit 18:7 Stimmen abgelehnt, die verlangte, dass **IV-Renten ins Ausland an die Kaufkraft** des jeweiligen Landes angepasst werden. Der Nationalrat hatte der Forderung zugestimmt.

Donnerstag, 16.06.2011

Der **Nationalrat** hat am Donnerstag deutlich Ja zum neuen **Hochschulförderungsgesetz** gesagt. Wie bereits im Ständerat war die Mitsprache der Kantone der strittigste Punkt.

AGB sollen in Zukunft einer inhaltlichen Prüfung durch ein Gericht standhalten müssen. Der Nationalrat hat seinen Widerstand gegen diese Verschärfung des Gesetzes über den **unlauteren Wettbewerb** aufgegeben. Stillschweigend hiess er den Vorschlag der Einigungskonferenz gut - wie zuvor bereits der Ständerat.

Einstimmig hat der Nationalrat technische und administrative Neuerungen bei der **AHV** gutgeheissen. Er folgt damit dem Ständerat, der diese unbestrittenen Elemente der gescheiterten 11. AHV-Revision in der Frühjahrssession gutgeheissen hatte.

Der **Ständerat** hat am Donnerstag als Erstrat das Massnahmenpaket **Via Sicura** beraten, das die Sicherheit auf der Strasse erhöhen soll. Er sagte entgegen dem Willen der SVP Ja zur Velohelmpflicht für Kinder bis zum 14. Altersjahr. Abgelehnt hat er Sehtests für Autofahrer ab 50 Jahren. Mit Blick auf die Raser-Initiative verschärfte der Rat ferner die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen gegen Temposünder.

Der Ständerat hat in der weiteren Beratung der "**Too-big-to-fail**"-Vorlage am bisherigen Kurs festgehalten: Systemrelevante Grossbanken müssen künftig strengere Anforderungen hinsichtlich Eigenkapital und Organisation einhalten. In der Gesamtabstimmung hiess der Ständerat die Vorlage mit 36:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen gut.

Wer sich **aus- und weiterbildet**, soll dafür 12'000 CHF im Jahr von den **Steuern abziehen** können. Der Ständerat hat die entsprechende Vorlage mit 24:4 Stimmen verabschiedet. Der Bundesrat hatte einen Abzug von 6'000 CHF empfohlen.

Die **GPK** von National- und Ständerat erhalten mehr Rechte. Dies haben die Räte beschlossen. Der Ständerat hat die letzten Differenzen bereinigt. Mit den neuen Bestimmungen kann der Bundesrat den GPK die Einsicht in Unterlagen nur noch dann verweigern, wenn es sich um nachrichtendienstlich geheime Dokumente oder Protokolle von Bundesratssitzungen handelt.

Freitag, 17.06.2011

Mit den **Schlussabstimmungen** zu 36 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Sommersession beendet.

Gescheitert ist der **indirekte Gegenvorschlag zu zwei Bausparinitiativen**. Während der Nationalrat der Vorlage zur steuerlichen Förderung des Bausparens mit 111:64 bei 2 Enthaltungen zustimmte, lehnte der Ständerat diese mit 22:17 bei 3 Enthaltungen ab.

Angenommen wurden unter anderem das **Sportförderungsgesetz**, das Bundesgesetz über den **Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz**, das die Schutzraumpflicht aufweicht, aber nicht abschafft, das Bundesgesetz über die **AHV**, mit der die unbestrittenen technischen Neuerungen aus der gescheiterten 11. AHV-Revision ins Gesetz überführt werden, sowie das Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige, mit dem garantiert wird, dass auch in Zukunft **Identitätskarten ohne Biometrie-Chip** ausgestellt und bezogen werden können. Entgegen dem Willen der SVP wurde auch eine Revision des Parlamentsgesetzes, mit welcher die Aufhebung der **Immunität** von Mitgliedern des Parlamentes und des Bundesrates erleichtert wird, gutgeheissen.

Doppelbesteuerungsabkommen, in welchen die Schweiz die Amtshilfe in Steuersachen auf Fälle von schwerer Steuerhinterziehung ausdehnt, kamen entgegen dem Willen der SVP zustande mit Indien, Deutschland, Kasachstan, Kanada, Uruguay, Griechenland, den Niederlanden, der Türkei, Japan und Polen. Das Bundesgesetz über die Anerkennung privater Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Einkommens- und Vermögenssteuern, das ein DBA mit Taiwan ermöglicht, wurde ebenfalls angenommen. Die Schweiz soll demnach nicht mehr immer Namen und Adresse einer Person oder Bank verlangen, sondern soll auch in begründeten Einzelfällen Amtshilfe leisten, wenn nur eine Kontonummer oder eine Sozialversicherungsnummer angegeben wird.

Der **Nationalrat** hat am Freitag das **Kinder- und Jugendförderungsgesetz** zu Ende beraten und mit 109:55 Stimmen als Zweitrat gutgeheissen. Dabei folgte er fast durchs Band dem Bundesrat. Das Geschäft geht nun mit einer einzigen Differenz zurück in den Ständerat.

Ausserdem hat der Nationalrat vom Tätigkeitsbericht der **NEAT-Aufsichtsdelegation** für das Jahr 2010 zustimmend Kenntnis genommen.

Nach dem National- ist auch der **Ständerat** für eine rasche Neuverhandlung des **Erbschaftssteuerabkommens mit den USA** und überwies eine Nationalratsmotion stillschweigend. Erben von US-Wertpapieren sollen nicht weiterhin in den USA Erbschaftssteuern zahlen müssen. Gemäss dem geltenden Abkommen aus dem Jahr 1951 ist dies der Fall, selbst wenn der Erblasser Schweizer ist und nie in den USA gewohnt hat.